



Niederschrift

über die Sitzung

des Sozialausschusses

am 06.10.2022

Anwesend

- Vorsitz

Lensch, Eckart, Dr.

- Mitglieder

Boos-Waidosch, Marita

Bub, Kerstin

Gorges, Stefanie in Vertretung für Christine Eckert

Jaensch, Ruth

Koch, Yasmine in Vertretung für Myriam Lauzi

Kubica, Ellen

Lippold, Manfred

Lüttig, Konrad

Orellana, Tupac

Rast, Sabine in Vertretung für Alexandra Gill-Gers

Siebner, Claudia

Sieling, Karsten

- beratende Mitglieder

Diefenbach, Kerstin

Kurz, Michael

Quick, Bernd

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Beyer, Francesca

Eckert, Christine

Gill-Gers, Alexandra

Lange, Karsten

Lauzi, Myriam

- beratende Mitglieder

Carstensen, Jens

Engelberty, Klaus

Rizkalla, Diana

- Schriftführung

May, Annika

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Sachstandsbericht zu Antrag 1525/2011 (Stadtratsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
2. Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation
3. Überplanmäßige und außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 4.745.000 € im Bereich der Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe und Reduzierung der Erträge bei der Ferienkarte um 40.000 €
4. Mündlicher Sachstandsbericht zur Gasmangellage
5. Mündlicher Sachstandsbericht Konzept Wohnsitzlose
6. Kenntnisnahme der Niederschriften über die Sitzungen vom 04.05.2022 und 01.06.2022 (Sondersitzung)
7. Mitteilungen

Im Anschluss tagt der Sozialausschuss als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen:

8. Digitalisierungsprogramm zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.
Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Sachstandsbericht zu Antrag 1525/2011 (Stadtratsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)** **hier: Klimafreundliche, soziale und barrierefreie Stadtentwicklung** **Vorlage: 0214/2022**

Nach der Erläuterung der Beschlussvorlage tragen mehrere Ausschussmitglieder Bedenken vor, den Antrag als gänzlich für erledigt zu erklären. So würden insbesondere im Bereich der sozialen Wohnraumförderung noch immer nicht alle Anforderungen erfüllt.

Herr Dr. Lensch und Herr Amtsleiter Hensel gehen im Anschluss auf die Wortbeiträge ein, sodass seitens des Sozialausschusses abschließend folgender Beschluss mit einer Gegenstimme gefasst wird:

Die Ausschüsse und der Stadtrat nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis und empfehlen/beschließen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Die im Antrag geforderten Standards A-D werden von der Stadt Mainz zwischenzeitlich vollständig umgesetzt und stellenweise sogar überschritten.

Eine regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung der Baustandards wird weiterhin im Rahmen des Berichtswesens zum Masterplan 100% Klimaschutz vorgenommen.

Punkt 2 **Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation**

Herr Hensel, Amtsleiter des Amtes für soziale Leistungen, stellt die aktuelle Flüchtlingssituation vor.

Derzeit sind 1.117 ukrainische Geflüchtete in elf verschiedenen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht - hier stehen noch 164 freie Plätze zur Verfügung. Die Entwicklung flacht ein wenig ab, da viele Geflüchtete ausziehen oder sich auf den Rückweg in die Ukraine begeben. Die Weiterentwicklung ist jedoch aufgrund der aktuellen Situation in der Ukraine und in Russland schwer einzuschätzen. Mittelfristig ist geplant, die Turnhallen wieder zu räumen. Aktuell befinden sich zwei konkret geplante Einrichtungen in der Realisierungsphase, die evtl. Anfang 2023 bezogen werden können.

Insgesamt gibt es in Mainz 2.000 leistungsberechtigte Ukrainer, wovon aktuell 1.600 ukrainische Geflüchtete beim Jobcenter im Leistungsbezug stehen.

In den Unterkünften für nicht ukrainische Geflüchtete besteht zur Zeit eine freie Kapazität von 132 Plätzen bei einer Belegung von 1.432 Menschen. Diese verteilen sich auf neun Unterkünfte.

Die Verwaltung hat bei der zuständigen Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) ein Aussetzen der Zuweisungen beantragt, um die Belegungssituation ein wenig zu entzerren. Dies führt jedoch in den folgenden Wochen dazu, dass Mainz etwa 30 Zuweisungen erhält.

Fragen seitens des Ausschusses werden durch Herrn Hensel und Herrn Dr. Lensch beantwortet.

Punkt 3 **Überplanmäßige und außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 4.745.000 € im Bereich der Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe und Reduzierung der Erträge bei der Ferienkarte um 40.000 €**
Vorlage: 0704/2022

Der Sozialausschuss nimmt die überplanmäßige und außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 4.745.000 € im Bereich der Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe im Haushalt 2022 sowie die Reduzierung der Erträge bei der Ferienkarte um 40.000 € zur Kenntnis.

Punkt 4 **Mündlicher Sachstandsbericht zur Gasmangellage**

Frau Thut, Referentin, stellt den von der Stadt aufgestellten und von den Stadtwerken finanzierten „Nothilfefonds“ für Bedürftige zur Bewältigung der hohen Energiekosten vor. Aktuell finden Gespräche mit den Wohlfahrtsverbänden statt, um niedrigschwellige Zugangsmöglichkeiten zu schaffen. Ebenso besteht der Kontakt mit den Städten Mannheim und Heidelberg, die ähnliche Modelle planen.

Neben den vier Arbeitsgruppen (Verwaltung allgemein, Kommunikation, öffentliche Sicherheit und Soziales) werden auch das Amt für soziale Leistungen und das Jobcenter mit in die Planungen einbezogen. Zunächst stehen 1 Mio. € zur Verfügung. Jedoch ist die Höhe des tatsächlichen Bedarfs schwer zu ermitteln. Bis Ende Oktober soll eine Struktur gefunden werden, um dann mit den Auszahlungen aus dem Fonds zu starten.

Fragen seitens der Ausschussmitglieder werden von Frau Thut beantwortet.

Punkt 5 **Mündlicher Sachstandsbericht Konzept Wohnsitzlose**

Herr Dr. Lensch berichtet, dass es bei der Suche nach einer niedrigschwelligen Übernachtungsmöglichkeit für Menschen ohne festen Wohnsitz Verzögerungen gab. Derzeit habe man aber konkrete Räumlichkeiten im Blick. Künftig sollen die niedrigschwelligen Angebote eine einfache Übernachtungsmöglichkeit darstellen mit Ansprechpartnern und Sicherheitsdienst. Dauerhafte Hausverbote sollen hier möglichst vermieden werden. Zwischenzeitlich sei auch eine Liegenschaft für psychisch erkrankte Obdachlose gefunden worden.

Zusätzlich ist die Beteiligung am Konzept „Housing-first“ geplant.

Spätestens im Februar 2023 soll dann im Sozialausschuss ein Gesamtkonzept zur Unterbringung von wohnsitzlosen Menschen vorgelegt werden.

Im Anschluss werden Fragen seitens des Ausschusses von Herrn Dr. Lensch und Herrn Hensel beantwortet.

Punkt 6 **Kenntnisnahme der Niederschriften über die Sitzungen vom 04.05.2022 und 01.06.2022 (Sondersitzung)**

Die Niederschriften über die Sitzungen vom 04.05.2022 und vom 01.06.2022 werden ohne Einwände zur Kenntnis genommen.

Punkt 7 **Mitteilungen**

Herr Orellana fragt nach dem Sachstand in Bezug auf die kommunalen Fallkonferenzen. Herr Dr. Lensch sagt eine Rückmeldung zu diesem Thema im nächsten Sozialausschuss zu.

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

Die nächste Sitzung des Sozialausschusses ist terminiert auf den 07.12.2022.

Im Anschluss tagt der Sozialausschuss als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen:

Punkt 8 **Digitalisierungsprogramm zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben**
Vorlage: 1303/2022

Frau Jörg von der Finanzverwaltung erläutert die Beschlussvorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Sozialausschuss fasst als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen folgenden Beschluss mit einer Enthaltung:

Dem Peter-Cornelius Konservatorium werden Mittel in Höhe von 93.559,29 € aus der Schott-Braunrasch'en Stiftung als Zuschuss für das Digitalisierungsprogramm zur Verfügung gestellt.

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

gez.

.....

Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter

gez.

.....

Annika May
Schriftführung